



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

10.5183.02

JSD/P105183
Basel, 1. September 2010

Regierungsratsbeschluss
vom 31. August 2010

Schriftliche Anfrage Toni Casagrande betreffend statistische Auswertung der Straftaten mit Waffen

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Toni Casagrande dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Der Regierungsrat stellt nach dem Anzug 08.5113 betreffend differenzierte Statistik über die Suizide und Straftaten durch Schusswaffen in einer Statistik aus dem Jahre 2009 auch begangene Straftaten mit anderen Waffen zur Verfügung.

Gestützt auf diese Statistik möchten wir nun eine differenziertere Auswertung der erfassten Daten erhalten.

1. Angaben zu den einzelnen Delikten mit Schusswaffen:

1.1 Waffenart

1.2 Kaliber

1.3 Modell der Waffe

1.4 Waffe legal erworben

1.5 Alter der Person

1.6 Geschlecht

1.7 Staatsangehörigkeit

1.8 Militärdiensttauglich

2. Angaben zu den einzelnen Delikten mit Nichtschusswaffen:

2.1 Waffe nach geltendem Waffenrecht (verbotene Gegenstände)

2.2 Art der Waffe

2.3 Missbräuchlich getragene Waffen

2.4 Alter der Person

2.5 Geschlecht

2.6 Staatsangehörigkeit

Toni Casagrande“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Mit dem Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend differenzierte Statistik über die Suizide und Straftaten durch Schusswaffen (BER JSD vom 12.5.2010) wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich aus jeder zusätzlichen Datenerfassung ein Aufwand ergibt und daher zu prüfen ist, welche Schwerpunkte mit den bestehenden personellen Mitteln gelegt werden sollen und können, um den primären Auftrag der Staatsanwaltschaft, Straftaten zu verfolgen, erfüllen zu können. Dies deshalb, da der immer noch hohe Stand an Strafanzeigen und damit an zu bearbeitenden Strafverfahren die Staatsanwaltschaft hinsichtlich der bestehenden personellen Ressourcen zu konsequenter Prioritätensetzung zwingt. Obwohl die verlangte differenzierte Statistik über die Suizide und Straftaten durch Schusswaffen für die Strafverfolgung nicht relevant war, hatte man im Rahmen der Ablösung der kantonalen Statistik durch die gesamtschweizerische Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) die Möglichkeit genutzt, mehr Daten zu erfassen und statistisch auszuwerten als bisher. Einerseits bestand aufgrund verschiedener aktueller Vorfälle ein Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit und andererseits hielt sich wegen der geringen Datenmenge der Zusatzaufwand für die damalige Statistik in einem geringen Rahmen. Die PKS 2009 weist die entsprechenden Zahlen noch nicht aus. Der Antwort auf den Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend differenzierte Statistik über die Suizide und Straftaten durch Waffen wurde jedoch die vorerst kantonale Auswertung beigelegt.

Mit der schriftlichen Anfrage von Grossrat Toni Casagrande wird nun eine wesentliche Ausweitung derjenigen Daten gefordert, die erfasst werden sollen. Sie umfassen auch Fragestellungen, die im Rahmen eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens nicht relevant sind und sich daher teilweise ohne wesentlichen Zusatzaufwand nicht klären lassen. Deshalb hat der Erste Staatsanwalt, Dr. Thomas Hug, dem Anfragersteller in einem persönlichen Gespräch dargelegt, dass die Staatsanwaltschaft nicht über die statistischen Grundlagen bzw. Möglichkeiten verfügt, die Schriftliche Anfrage Toni Casagrande betreffend statistische Auswertung der Straftaten mit Waffen zu beantworten. Lediglich in Einzelfällen wäre durch aufwändige Auswertung von Strafverfahrensakten eine punktuelle statistische Auswertung möglich. Dies würde jedoch Ressourcen binden, welche der strafrechtlichen Ermittlungstätigkeit abgehen würden. Im Laufe des Gesprächs äusserte sich der Anfragersteller dahingehend, dass es nicht sein Wille sei, zur Beantwortung seiner Schriftlichen Anfrage Angehörige der Staatsanwaltschaft während Tagen zu binden, um Akten auszuwerten, statt Ermittlungsverfahren zu führen und zeigte Verständnis für die Prioritätensetzung der Staatsanwaltschaft.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin